

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 12.12.2013
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kaufmann, Nils
Mecklenburg, Rico
Schulze, Kai-Uwe
Strelow, Gregor

für Benjamin Swieter (bis 19:15 Uhr)
für Hans-Dieter Haase

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Rosenboom, Benedikt

(bis 19:10 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd
Schmidt, Christine

für Andrea Marsal (bis 18:30 Uhr)

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

für Hillgriet Eilers (bis 19:10 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Bornemann, Bernd
Jahnke, Horst

Oberbürgermeister
Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Mansholt, Dieter
Jakobs, Stefan
Wegbänder, Martin
Willms, Artur

(bis 19:04 Uhr)

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Dommermuth, Ralf

Dr. Knaf und Partner consulting
(TOP 10)

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winter erklärt, es sei der Wunsch geäußert worden, den Tagesordnungspunkt 10 „Vorstellung der Untersuchung der Organisationsuntersuchung FD 220/221“ vorzuziehen, um Herrn Dommermuth ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze
Vorlage: 16/1020

Herr Jahnke stellt heraus, bereits im letzten Finanzausschuss habe die Verwaltung über alle Haushaltsdinge gesprochen. Dabei sei auch dezidiert die Anhebung der Grundsteuer nach 20 Jahren vorgestellt worden. Dafür wolle man im Gegenzug auf eine Straßenausbaubeitragsatzung verzichten.

Frau Winter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius erklärt, seit dem Jahre 1994 seien die Realsteuersätze nicht angehoben worden. Seiner Ansicht nach sei dieses auch gut gewesen. Heute soll mehrheitlich beschlossen werden, dass die Grundsteuer B von 440 auf 480 erhöht werde. Die dadurch erzielte Mehreinnahme betrage rund 1 Mio. €. Die FDP-Fraktion sei gegen diese Steuererhöhung, da sie doch neben den Haus- und Grundbesitzern vor allem die Mieter betreffe. Diese Erhöhung würde in den Nebenkostenabrechnungen von den Vermietern an die Mieter weitergegeben und sei in seinen Augen nicht sozial.

Weiter führt er aus, insgesamt habe der Kämmerer zum Haushalt 2013 gesagt, dass er in den kommenden Jahren keine Steuererhöhungen, sondern Einsparungen anpeile. Wenn er damals diese Vorstellungen schon gehabt habe, dann könne seine Fraktion nicht verstehen, warum keine anderen Vorschläge auf den Tisch gekommen seien. Seiner Ansicht nach könnten die Ratsmitglieder nicht beurteilen, welche Einsparungen vorgenommen werden könnten. Die Vorschläge müssten von der Verwaltung kommen.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Herr Bolinius nimmt Stellung zu den Gewerbesteuereinnahmen und stellt abschließend fest, seiner Meinung nach seien schmerzhaft Einschnitte in den kommenden Jahren notwendig. Darum sei es auch richtig, die Haushaltsstrukturkommission weiter bestehen zu lassen.

Herr Bongartz stellt fest, der Punkt „Anhebung des Realsteuerhebesatzes“ sei auch in der CDU-Fraktion umstritten gewesen. Von der überwiegenden Mehrheit werde dieses jedoch getragen. Trotz erheblich steigender Gewerbesteuereinnahmen bekäme man den Haushalt nicht gedeckt. Durch die Anhebung des Realsteuerhebesatzes verschaffe man sich ein wenig Luft. Dabei verzichte man auf die Straßenausbaubeitragssatzung. Nach einer langen Diskussion sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anhebung der Grundsteuer der gerechtere Weg sei.

Herr Bongartz geht dann auf das Apollo-Projekt ein und erklärt, man könne sich nicht darüber beklagen, dass das Krankenhaus so viele Defizite mache, da es gebraucht werde. Im gleichen Atemzug würden sehr teure Projekte weiterverfolgt. Dieses könnten die Bürgerinnen und Bürger nicht differenzieren und würden es unverschämt finden, dass eine Steuer angehoben werde, während auf der anderen Seite das Apollo für 3 Mio. € saniert werde. Seiner Ansicht nach sollte sich die Mehrheitsfraktion von diesem Projekt verabschieden. In der Bevölkerung sei es auch gut angekommen, dass angesichts der Finanzen auf die vierte Vorstandsstelle zunächst verzichtet werde. Abschließend stellt Herr Bongartz heraus, die CDU-Fraktion werde dieser Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Herr Strelow bemerkt, in der Haushaltsstrukturkommission habe man einerseits das Thema Einsparungen betrachtet und sich gemeinsam dazu durchgerungen. Auf der anderen Seite habe man festgestellt, dass auch die Einnahmeseite gestärkt werden müsse. Er betont, mit den gemeinsam formulierten Einsparungen würde es keine Entlassungen geben. Auch seien die Einsparungen höher als die Summe der Einnahmenseite, die aufgrund der Erhöhung der Gewerbesteuer erzielt werde. Bis zum Jahre 2017 werde mit 46 Mio. € an Investitionen für die dringende Erhaltung von notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, Schulen etc. gesorgt. Daher sei die SPD-Fraktion der Ansicht, dass die Erhöhung der Grundsteuer vertretbar und maßvoll sei. Herr Strelow macht an Beispielen deutlich, wie hoch die Belastung für einzelne Haushalte sein könnte und stellt fest, dass diese Belastung durchaus vertretbar sei. Wenn man auf die Steuererhöhung verzichte, müsse man auch sagen, woher man diese 1 Mio. € generieren wolle. Er halte sie somit für maßvoll und solidarisch. Vor allem wolle man sich von der Kommunalaufsicht nicht vorschreiben lassen, möglicherweise eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erheben. Der Rat wolle die Hoheit über seinen Haushalt behalten. Daher werde seine Fraktion auch der Vorlage zustimmen.

Herr Renken führt aus, wie schon in der letzten Finanzausschusssitzung gesagt, halte seine Fraktion diese Erhöhung der Grundsteuersätze für eine moderate und vertretbare Anpassung, die man mittragen könne. Zudem sei man der Ansicht, dass im Ergebnis ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sparen und Mehreinnahmen im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission auch tatsächlich erreicht worden sei. Es mache keine Freude, Steuern erhöhen zu müssen, um mittelfristig eine Perspektive für die Verbesserung der Haushaltssituation zu schaffen. Aber es stelle sich dann die Frage nach den möglichen Alternativen. Nachdem er die Belastung durchgerechnet habe, könne er feststellen, dass damit auch keine unsolidarische und unsoziale Erhöhung dieser Steuer verbunden sei, sondern ein durchaus wirksames Instrument für eine solidarische Finanzierung der notwendigen Infrastruktur in der Stadt Emden.

Weiter bemerkt Herr Renken, man sollte sich auch überlegen, dass auch die Gebühren für die Geschwisterregelung an den Kindertagesstätten oder die Verringerung der Gruppengröße gegenfinanziert werden müssten. Seiner Ansicht nach sei die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vorhanden, dafür den einen oder anderen Euro an Grundsteuern mehr zu zahlen. Es

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

gehe hier nicht nur um Straßen, sondern um das soziale Gefüge und die soziale Verbesserung in der Stadt Emden. Es sei nicht unsozial, für die Sicherung der Lebensqualität, der Bildung und der Erziehung etwas zu bezahlen. Seiner Ansicht nach könnten das die Bürgerinnen und Bürger sehr gut differenzieren. Natürlich wisse man nicht, wie sich die Steuereinnahmen in einigen Jahren entwickeln würden. Wenn sich das Niveau halte und die Stadt Emden tatsächlich in eine Situation komme, dass sich die Einnahmesituation dauerhaft verbessere, dann könne man auch an der einen oder anderen Stelle den Bürgerinnen und Bürgern wieder etwas zurückgeben. Insofern könne seine Fraktion diesem Vorschlag, der auch in der Haushaltsstrukturkommission eingehend beraten worden sei, zustimmen.

Herr Jahnke weist darauf hin, dass man nicht alles, was seit 2013 gemacht worden sei, kleinreden sollte. In 2013 sei bereits 1 Mio. € an Aufwandskürzungen erreicht worden. Diese Mio. € ziehe sich nachhaltig durch. Wenn man das über die Jahre bis 2017 verteile, habe man insgesamt mit Einnahmeverbesserungen und Ausgabenkürzungen über 16 Mio. € aus dem Haushalt herausgeholt. Herr Jahnke bemerkt, dass insbesondere die interne Verwaltung einen relativ großen Anteil an diesen Kürzungen bei den Personalausgaben beinhalte. Bezüglich der Aussage von Herrn Renken entgegnet Herr Jahnke, natürlich sei der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen. Das könne nur über die Rücklagen erreicht werden. Auch würde es nur geschafft werden, wenn die Steuereinnahmen im Durchschnitt tatsächlich auf dem Niveau von 81 Mio. € bleiben würden. Er stellt heraus, dass die Haushaltsstrukturkommission im letzten Jahr noch relativ einfach gewesen sei. In diesem Jahr habe man feststellen müssen, dass es schon manche intensive Diskussion an dem einen oder anderen Punkt gegeben habe. Im nächsten Jahr werde in ungleich schwieriger. Hier werde es sicherlich auch irgendwann ans Eingemachte gehen. Dann gehe es vielleicht auch darum, ob man alles im Kinder- und Jugendbereich oder im Sozialbereich zukünftig noch leisten könne, obwohl er ohne jeden Zweifel dieses für äußerst wichtig erachte. Diese schwierige Aufgabe lasse sich nur gemeinsam lösen. Daher sei er auch der Meinung, dass die Haushaltsstrukturkommission weiter bestehen müsse, um Ziele zu erreichen und die Haushalte so lange wie möglich ausgleichen zu können.

Herr Bornemann bestärkt die Aussage von Herrn Jahnke und erklärt, gerade in dem Bereich Straßensanierung seien die Bedürfnisse und Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger auch sehr groß. Daher sei es auch berechtigt, dass man sich in diesem Zusammenhang zwischen der Straßenausbaubeitragssatzung und der Erhöhung der Grundsteuer entscheiden habe müssen.

Bezüglich der Äußerungen von Herrn Bolinius bemerkt Herr Bornemann, es sei das hohe Recht des Rates, die Budgetverantwortung zu tragen. Das beinhalte auch, dass es nicht sein könne, dass die Verwaltung für die Einsparungen zuständig sei und der Rat für die Ausgaben. Die Verantwortung und auch die Diskussion im Konkreten erwarte er auch von der Politik, so wie es in der Haushaltsstrukturkommission gewesen sei.

Herr Bornemann bezieht sich auf den hergestellten Zusammenhang mit dem Projekt Apollo und weist darauf hin, dass im Haushalt 2013 und 2014 hierfür keine Ausgaben vorgesehen seien. Er betont, die Entscheidung über das Apollo Theater werde dann anstehen, wenn genau untersucht worden sei, was dort möglich oder nicht möglich sei. Herr Bornemann stellt abschließend heraus, ein Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Grundsteuer und dem Apollo würde nicht bestehen.

Herr Bongartz erklärt, er würde den Worten des Oberbürgermeisters glauben. Jedoch habe der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion in der letzten Sitzung in aller Deutlichkeit verkündet, dass eine Umsetzung erfolge.

Herr Bolinius bestätigt die Aussage von Herrn Bongartz und stellt fest, hier sei zwar kein Geld eingesetzt worden. Aber es seien 20.000 € für ein neues Gutachten beantragt worden, um von

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

den 4 Mio. € herunterzukommen. Diese 20.000 € sollten außerordentlich eingestellt werden. Seiner Ansicht nach sei das nicht in Ordnung. Wenn dieses Geld eingesetzt werde, möchte er darüber eine Beschlussvorlage haben, über die der Rat diskutieren könne. Er könne der SPD-Fraktion nur empfehlen, schnellstmöglich von diesem Projekt Abstand zu nehmen und das Gebäude an einen privaten Investor zu verkaufen.

Herr Jahnke stellt heraus, es gehe hier letztendlich nur um das externe Gutachten. Es sei die Aussage getroffen worden, dass keine 4 Mio. € für das Projekt Apollo eingesetzt werden könnten, daher sollte die Untersuchung fortgesetzt werden. Dieses war der klare Anspruch, der im Finanzausschuss gestellt worden sei. Er weist darauf hin, dass es kein neues Gutachten geben würde. Der Architekt werde lediglich für dieses denkmalgeschützte Gebäude eine Lösung ermitteln, die insgesamt in ein Kostenbudget passe.

Herr Jahnke bestätigt die Aussage von Herrn Bornemann, dass weder im Haushalt 2014 noch in den Folgejahren Mittel eingestellt seien, um dort etwas umzusetzen. Das könne auch nur passieren, wenn tatsächlich eine Entscheidung bezüglich des Apollo Theaters getroffen werde. Vielleicht habe man auch die Möglichkeit, eine Bezuschussung zu erhalten. Seiner Meinung nach mache eine Fortsetzung des Gutachtens Sinn, da es nichts bringen würde, jetzt zu unterbrechen und im nächsten Jahr noch einmal eine neue Ausschreibung zu veröffentlichen. Die Mittel könnten aus dem Gesamthaushalt überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Eine entsprechende Mitteilungsvorlage werde im Rat behandelt.

Herr Strelow erinnert daran, dass man bei dem Tagesordnungspunkt über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze sei. Jede Fraktion habe sich dazu geäußert. Die FDP-Fraktion sage, dass sie hier nicht zustimmen könne, ohne jedoch eine Alternative zu nennen. Das Thema Apollo sei im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung besprochen worden. Die Untersuchungsergebnisse würden jetzt noch einmal erneut geprüft und dann entscheide man, wie man weiter damit umgehen wolle. In der Haushaltsstrukturkommission habe man vereinbart, dass ein enormes Investitionsprogramm von fast 46 Mio. € bis zum Jahre 2017 auf den Weg gebracht werde. Ohne die maßvolle Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer werde dieses nicht möglich sein.

Herr Renken erinnert daran, dass in der Wahlkampfzeit von den Herren Haase, Bornemann und Eckard gemeinsam verkündet worden sei, das Apollo Theater als eines der zentralen Projekte in den nächsten Jahren zu machen. Auch seine Fraktion habe sich im Gegensatz zur FDP-Fraktion und CDU-Fraktion für dieses Projekt ausgesprochen, weil es seiner Ansicht nach eine Bereicherung für die Stadt Emden werden könne. Von daher erwarte er auch weiterhin, dass sowohl der Oberbürgermeister und als auch die SPD-Fraktion alles daran setzten, dieses Versprechen wahrzumachen.

Jedoch sei er verwundert über die Aufgeregtheiten, die an mancher Stelle zu Tage treten würden, wenn es um einen Betrag von 20.000 € für eine Vergabe gehe, der überhaupt nicht zustimmungspflichtig seitens des Rates sei. Dieses werde jetzt zu einem großen Haushaltsthema stilisiert, weil man eine andere Meinung habe. Er würde sich nicht an diesen Aufgeregtheiten beteiligen und wundere sich darüber, da es ja das einzige Thema sei, was die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion haushaltsmäßig als „Sau durchs Dorf treiben“. Ansonsten käme seiner Meinung nach da nicht viel.

Herr Bongartz betont, er wolle sich mit Nachdruck gegen die Feststellung des Rats Herrn Renken verwahren, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion würden in der Haushaltsdiskussion nur das Apollo haben und wie eine „Sau durchs Dorf treiben“. Dieses Sprachniveau sei im Rat noch nicht vorhanden gewesen. Er weist Herrn Renken darauf hin, dass andere Meinungen auch sachlich seien. Genauso wie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte auch die CDU-Fraktion in der Haushaltsstrukturkommission mitgewirkt und Vorschläge unterbreitet. Herr Renken könne

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

jetzt nicht öffentlich behaupten, die CDU-Fraktion würde in der Haushaltsdebatte nur das Apollo wie „eine Sau durchs Dorf treiben“. Derartige Äußerungen empfinde er als unverschämt.

Herr Mecklenburg hält diesen Ausspruch für allgemeinen Politikerjargon, den man häufiger höre. Er erkundigt sich bei Herrn Bolinius, woher er beim Verkauf des Apollo Theaters die restlichen 3,6 Mio. € nehmen wolle.

Herr Bolinius entgegnet, er habe keine konkreten Vorschläge, weil er die nicht haben könne. Zudem habe er das nicht mit dem Apollo Theater in Verbindung gebracht. Dieses habe mit den Steuern nichts zu tun. Er habe gesagt, dass die Ratsmitglieder gar nicht in der Lage seien, alles genau dezidiert zu prüfen, wo es in der Verwaltung noch Spielräume geben würde. Hier erwarte er Vorschläge.

Bezüglich der Aussage von Herrn Renken erklärt Herr Bolinius, er könne sich den Worten von Herrn Bongartz nur anschließen. Auch seine Fraktion arbeite in der Haushaltsstrukturkommission genauso mit und mache Vorschläge. Jetzt so zu tun, als hätte man nur ein Thema, halte er für einen ganz schlechten Stil.

Herr Rosenboom stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bemerkt, man sollte sich wieder auf die eigentliche Vorlage konzentrieren.

Frau Winter lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage zur Vorlage 16/1020 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung), die ab dem 01.01.2014 in Kraft tritt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0
----------------	-----------------	-----------------

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Jahr 2014
Vorlage: 16/1040

Herr Jahnke erklärt, da die Debatten zum Haushalt größtenteils geführt worden seien, wolle er darauf hinweisen, die Unterlagen seien soweit erstellt worden, sodass nach einer Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss und im Rat der Termin 20.12.2013 eingehalten werden könne.

Herr Strelow teilt mit, die SPD-Fraktion werde dem Haushalt natürlich zustimmen. Es müsse im Sinne des Rates sein, dass der Haushalt schnellstmöglich genehmigt werde, um die dringend notwendigen Investitionen auch in Bezug auf die Schulstrukturreform zeitnah und fristgerecht umsetzen zu können.

Herr Bongartz stellt heraus, die CDU-Fraktion werde diesen Haushalt mehrheitlich tragen. Allerdings habe er schon vor einiger Zeit gesagt, dass man sich heute erst einmal der Stimme enthalten werde. Dieses habe einen ganz einfachen Grund. Im März 2013 habe der Rat beschlossen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zukunft Emden GmbH in ein ordentliches Tarifverhältnis zu überführen. Da bis zum Mai noch nichts geschehen sei, habe er den Oberbürgermeister gebeten, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit dieser Ratsbeschluss umgesetzt werden könne. Dieses habe er auch gemacht und über den Aufsichtsrat letztendlich den Beschluss herbeigeführt, dass jetzt sofort tarifliche Tatsachen geschaffen würden. Doch bis heute hätten die Bediensteten noch keinen Tarifvertrag. Auch in diesem Jahr würden sie nicht

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

das Weihnachtsgeld bekommen, was ihnen laut Tarifvertrag zustehen würde. Darüber sei seine Fraktion sehr verärgert. Der Rat habe hier einen klaren Auftrag erteilt, der innerhalb von neun Monaten umzusetzen sei. Nunmehr sei noch eine Woche Zeit bis zur Ratssitzung, um hier eine Klärung herbeizuführen. Wenn dieses nicht gelingen sollte, sei seine Fraktion unnachgiebig, weil sie das auch offen angekündigt habe.

Herr Bolinius führt aus, der Punkt bezüglich der Steuern sei bereits im vorherigen Tagesordnungspunkt eingehend diskutiert worden. Er wolle nur kurz zwei Themen anbringen. In der letzten Sitzung habe die FDP-Fraktion nur einen Punkt gehabt und zwar die Umsetzung des völlig überflüssigen Radarblitzgerätes von Borssum nach Petkum, um dort die Verkehrssicherheit in der Ortsdurchfahrt zu verbessern. Dieses sei abgelehnt worden, was für ihn nicht nachvollziehbar sei und er sehr bedauere.

Ein weiterer Punkt sei der Jugendtreff Petkum gewesen, der im Jahr 2015 aufgelöst werden solle. Er bittet die Mehrheitsfraktion darum, diesen Beschluss zurückzunehmen. Abschließend erklärt Herr Bolinius, den Haushalt würde seine Fraktion bezüglich der Grundsteuerhöhung ablehnen.

Herr Strelow führt aus, auch die SPD-Fraktion würde Wert darauf legen, dass der im März 2013 gemeinschaftlich beschlossene Beschluss hinsichtlich der Zukunft Emden GmbH endlich umgesetzt werde. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich um einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Jahnke erklärt, zum 01.01.2014 soll die Umsetzung erfolgen. Der Antrag zum Arbeitgeberverband sei gestellt, eine Antwort steht jedoch noch aus. Derzeit würden die Stellenbewertungen bei der Zukunft vorgenommen.

Herr Schulze bemerkt hinsichtlich des Jugendtreffs in Petkum, dass zunächst der Haushalt 2014 erst einmal beschlossen werde. Die SPD-Fraktion habe bereits über den Jugendtreff diskutiert und werde ihn auch noch einmal in der Haushaltsstrukturkommission thematisieren.

Herr Renken stellt heraus, seine Fraktion werde diesem Haushaltsentwurf mit den Änderungen, die in der letzten Finanzausschusssitzung beschlossen worden seien, zustimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die im Budgetbuch 2014 (Anlage) enthaltene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 sowie das ebenso im Budgetbuch 2014 enthaltene Investitionsprogramm der Stadt Emden.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 2
---------------	-----------------	-----------------

TOP 6 Minderheitsbeteiligung der Zukunft Emden GmbH an der Agilio gGmbH
Vorlage: 16/1071

Herr Bornemann erklärt, bei dieser Beschlussvorlage gehe es darum, dass die Zukunft Emden GmbH mit Agilio das Hafenbistro und auch die Pelzerhäuser betreibe. Im Aufsichtsrat sei die Überlegung entstanden, auch an Agilio eine Beteiligung wahrzunehmen.

Herr Bongartz führt aus, seine Fraktion würde das sehr vernünftig finden. Da die Agilio im Bereich der Zukunft Emden wirken würde und die zu errichtende Gastronomie betreiben wolle, mache es Sinn, sich am Stammkapital zu beteiligen. Von daher stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Herr Strelow stellt heraus, auch die SPD-Fraktion werde dem zustimmen, weil hier sozusagen die Inklusion buchstäblich mit Leben erfüllt werde. Er halte die strategische Partnerschaft zwischen Agilio und der Zukunft durchaus für sinnvoll, zumal Agilio bereits im EGZ und in den Pelzerhäusern die Gastronomie hervorragend betreibe.

Herr Bolinius bemerkt, auch seine Fraktion stimme dieser Vorlage zu. Seiner Ansicht nach sei es eine gute Sache, dass Menschen mit Behinderungen von Agilio eingesetzt würden.

Herr Renken erklärt, auch seine Fraktion werde dem selbstverständlich zustimmen, da er davon ausgehe, dass mit dieser Beteiligung für Agilio neue Perspektiven eröffnet würden, was die Ausweitung der Tätigkeit betreffen würde. Leider sei es nicht gelungen, das Projekt im Industriepark so zu realisieren, wie es einmal vorgesehen gewesen sei. Wenn jetzt in einem zweiten Schritt versucht werde, im Industriepark Frisia die Dinge weiter voranzutreiben, dann würde das von ihm außerordentlich begrüßt.

Beschluss: Die Gesellschaftervertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, der Minderheitsbeteiligung der Zukunft Emden GmbH an der Agilio gGmbH in Höhe von 10 % vom Stammkapital zuzustimmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Konzessionsverträge Strom und Gas zwischen der Stadt Emden und der Stadtwerke Emden GmbH
Vorlage: 16/1073

Herr Jahnke führt aus, die Stadt Emden habe die Neuvergabe der Konzessionsverträge europaweit ausgeschrieben. Die einzige Interessenbekundung sei von den Stadtwerken Emden GmbH gekommen in Zusammenhang mit den Strom- und Gaskonzessionen. Mit den Stadtwerken habe man sich sehr einvernehmlich geeinigt auf die jetzt vorliegenden Verträge, sodass er jetzt empfehle, diesen Beschluss zu fassen.

Herr Renken begrüßt, dass es letztendlich zu dieser Vertragsgestaltung gekommen sei. Er freue sich, dass die Stadtwerke auch in den nächsten 20 Jahren die Konzession hätten, d. h., dass man im Bereich der dezentralen Energieversorgung und den damit verbundenen Geschäftsfeldern am Zuge bleibe.

Herr Strelow stellt heraus, auch die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage selbstverständlich zustimmen. Ziel sei die kompetente Instandhaltung und den Ausbau der Energienetze. Mit den Stadtwerken habe man einen kompetenten Partner. Er freue sich außerordentlich, dass die Stadtwerke im Prinzip als einziger angetreten seien, die Verantwortung zu übernehmen.

Herr Bongartz hält es nicht für verwunderlich, dass sich bei der europaweiten Ausschreibung nur die Stadtwerke gemeldet hätten. Jedoch sei es sehr zufriedenstellend, dass die Stadt Emden mit den Stadtwerken jetzt langfristig einen gesicherten Konzessionsvertrag abwickeln wolle. Gerade die Stadtwerke würden der Stadt Emden sehr viele Lasten abnehmen, die sie aufgrund des Geschäftsmodells wesentlich besser tragen könne.

Herr Bolinius schließt sich den Worten seines Vorredners an und hält die Konzessionsverträge mit der Stadtwerke Emden GmbH insgesamt für eine gute Sache.

Beschluss: Den in der Anlage zur Vorlage 16/1073 beigefügten Konzessionsverträgen über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege der Stadt Emden zwischen der

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Stadt Emden und der Stadtwerke Emden GmbH für den Bereich Gas und Strom wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Öffentlicher Dienstleistungsauftrag über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Emden
Vorlage: 16/1074

Herr Jahnke erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

1. Die Stadt Emden erklärt, den Verkehrsbetrieb der Stadt Emden nach Ausgliederung aus der Stadtwerke Emden GmbH (SWE) in eine Tochtergesellschaft der SWE mit der Durchführung des ÖPNV im Stadtgebiet Emden nach Maßgabe des als Anlage beigefügten öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) betrauen zu wollen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, redaktionelle oder geringfügige Änderungen an dem als Anlage zur Vorlage 16/1074 beigefügten Entwurf des öDA vorzunehmen, sofern dies aus steuerrechtlichen, beihilferechtlichen oder sonstigen rechtlichen Gründen erforderlich erscheint. Im Falle entsprechender Änderungen sind diese dem Rat im Rahmen des später zu fassenden Beschlusses über die Betrauung zur Kenntnis zu geben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Gründung der Rysumer Nacken Emden/Entwicklungsgesellschaft GmbH (R.N.E.-GmbH) durch die Zukunft Emden GmbH und der Stadtentwicklung Emden KAdöR
Vorlage: 16/1075

Herr Bornemann erklärt, dieses sei ein ganz wichtiger Schritt in Umsetzung dessen, was im Ratsbeschluss auf den Weg gebracht worden sei mit dem Auftrag, diese Gesellschaft vorzubereiten. Zum vorgeschlagenen Gesellschaftsvertrag habe das Wirtschaftsministerium im Vorfeld keinerlei Einwände erhoben. Auch das Innenministerium habe in der Vorprüfung gesagt, dass es aus ihrer Sicht keinerlei Anlass geben würde, vorab etwas zu verändern. Der endgültige Genehmigungsantrag müsse jedoch noch gestellt werden.

Herr Strelow zeigt sich erfreut, dass es im Prinzip keine großartigen Widersprüche geben würde. Die SPD-Fraktion werde der Gründung der Gesellschaft selbstverständlich zustimmen, da es darum gehe, den Rysumer Nacken strategisch weiterzuentwickeln. Wichtig sei, dass die Stadt Emden mit der Gründung dieser Gesellschaft quasi in Vorleistung gehen werde. In der Haushaltsstrukturkommission sei intensiv darüber beraten worden, dass jedes Jahr eine gewisse Summe dafür in den Haushalt eingestellt werde. Seiner Ansicht nach sei dieses auch sinnvoll, damit der Rysumer Nacken letztendlich als Wirtschafts- oder Dienstleistungsgebiet entwickelt werden könne, um weitere Arbeitsplätze zu erzielen.

Herr Renken erklärt, in der Zielrichtung stimme er mit seinem Vorredner überein, obwohl seine Fraktion sich mit dem Gesellschaftsvertrag in der vorliegenden Fassung so nicht anfreunden könne. Dieses wolle er auch aus Sicht des Kommunalverfassungsrechts begründen und zwar bezüglich des Punktes „Bildung und Aufgaben des Aufsichtsrates“. Hier habe man einen Ent-

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

wurf vorliegen, der bei einer städtischen Gesellschaft die Mitglieder des Rates im Aufsichtsrat in der Minderheit vorsehen würde. So sei vorgehen, nur vier von neun Mitglieder aus der Mitte des Rates zu entsenden. Dieses halte er für eine bedenkliche Entwicklung, zumal das in der Kommunalverfassung überhaupt nicht so vorgesehen sei. Grundsätzlich seien die Aufsichtsgremien durch Mitglieder des Rates zu besetzen und nicht, so wie hier vorgeschlagen werde, dass neben dem Oberbürgermeister noch zwei Mitglieder der Verwaltung stimmberechtigte Mitglieder sein sollten. Damit könne sich seine Fraktion überhaupt nicht einverstanden erklären, zumal in der Satzung selbst angeführt werde, dass weitere sachkundige Mitarbeiter der Stadt Emden der Gesellschaft beratend und ohne Stimmrecht hinzugezogen werden könnten. Seiner Ansicht nach müsste schon eine stichhaltige Erklärung dafür geliefert werden, wieso die Politik hier darauf verzichten sollte, die Mehrheit der Stimmen zu bekommen. Anders herum, würde sie sich aus der Verantwortung stehlen, wenn man das zulasse, was hier vorliege. Aus seiner Sicht könne dieses nicht richtig sein.

Herr Renken betont, sein Vorschlag gehe dahin, anstelle von vier dort fünf oder sechs Ratsmitglieder einzusetzen. Weitere Mitglieder der Verwaltung könnten dann beratend in dem Aufsichtsgremium tätig sein. Dieses sei sein erster Antrag. Ein weiterer Kritikpunkt sei, dass in dem Gesellschaftsvertrag stehe, dass der Oberbürgermeister jeweils den Vorsitz des Aufsichtsrates habe. Dieses sei eigentlich auch gesellschaftsrechtlich ein unübliches Verfahren, welches auch in der Kommunalverfassung überhaupt nicht angeführt sei und nur aufgrund gesetzlicher Grundlage gelte. Seiner Ansicht nach sei es nicht einsehbar, warum nicht eine Person aus der Mitte des Aufsichtsrates zum Vorsitzenden gewählt werden könne. Herr Renken begründet seinen Kritikpunkt und stellt anschließend heraus, das Hauptargument sei eigentlich, dass seine Fraktion in dem Gesellschaftsvertrag keine Satzungsbestimmung haben wolle, wonach quasi der Vorsitz von vornherein dem Oberbürgermeister zugesprochen werde, sondern dass dieses durch die Wahl im Aufsichtsrat erfolge.

Abschließend bemerkt Herr Renken, wenn man heute darüber nicht entscheiden könne, bestehe immer noch die Möglichkeit, im Verwaltungsausschuss darüber zu beraten.

Herr Bongartz stellt heraus, heute sollte das beschlossen werden, was alle schon seit längerer Zeit wollten und wofür man sich eingesetzt habe. Insofern könne es für seine Fraktion eigentlich gar nichts anderes geben, als diesem Beschluss zuzustimmen, weil es an der Zeit sei, so zu verfahren. Seines Erachtens sei diese Entwicklungsgesellschaft die Lokomotive dessen, was man im Grunde genommen brauche. Vom Land Niedersachsen erwarte man nunmehr noch den Treibstoff, damit alles in die richtige Richtung gehen könne.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Renken führt Herr Bongartz aus, dass die Politik sehr wohl die Mehrheit im Aufsichtsrat habe. Die CDU-Fraktion könne auch zustimmen, dass der Oberbürgermeister Vorsitzender sei. Zudem würde er keinen Verstoß gegen das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz sehen.

Herr Bolinius führt aus, seitens der Stadt Emden müsse die historische Chance genutzt werden, den Rysumer Nacken endlich bebauen zu können. Dieses könne man jedoch nicht allein, das Land müsse mitziehen und Mittel bereitstellen. Noch könne er nicht ersehen, dass entsprechende Mittel für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt würden, daher müssten die Fraktionen ständig in Hannover vorstellig werden, damit das Wahlversprechen auch eingehalten werde. Bezüglich der Anmerkungen von Herrn Renken erklärt Herr Bolinius, seiner Meinung müsste die Politik die Überhand haben. Seine Fraktion sei jedoch damit einverstanden, dass der Oberbürgermeister den Vorsitz übernehme.

Herr Strelow stellt heraus, die Besetzung der Aufsichtsratsgremien erfolge nach dem d'hondtschen Verfahren und nach dem Ergebnis der Kommunalwahl. Das sollte man nicht

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

ständig in Frage stelle. Die SPD-Fraktion sei selbstverständlich auch dafür, dass der Oberbürgermeister dort den Vorsitz übernehme.

Herr Mecklenburg bemerkt, über die Besetzung sollte auf jeden Fall noch einmal diskutiert werden. Auch mit dem Satz in der Begründung der Vorlage „Die Einflussnahme des Rates auf die Gesellschaft ist durch die Besetzung der Gremien gesichert.“ sei er nicht einverstanden, da diese auch gesichert wäre, wenn nur ein Mitglied des Rates vertreten sei. Laut Niedersächsischer Kommunalverfassung sollten solche Gesellschaften vom Rat letztlich in der Mehrheit besetzt werden. Insofern müsste man noch einmal darüber reden, welchen Status die beiden Mitglieder der Verwaltung haben sollten.

Herr Jahnke stellt fest, der Oberbürgermeister sei von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Emden gewählt worden. Somit sei er Mitglied des Rates und es sei durchaus bei den neun Mitgliedern im Gremium eine Mehrheit gegeben. Dennoch sei er der Ansicht, dass sich die Fraktionen darüber unterhalten sollten, da es ganz wichtig sei, dass ein einvernehmliches und einstimmiges Signal gegeben werde. Bezüglich des Vorschlages von Herrn Mecklenburg erklärt Herr Jahnke, diesen würde die Verwaltung gerne aufnehmen. Vielleicht sei es möglich, bis zum Verwaltungsausschuss ein Einvernehmen bezüglich der Besetzung des Aufsichtsrates innerhalb der Fraktionen herzustellen.

Herr Jahnke weist darauf hin, er könne nicht nachvollziehen, dass man an der Festschreibung, den Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates in einem solchen Gesellschaftsvertrag zu bestimmen, zweifeln würde. Es handele sich hier um ein ganz großes Projekt im Bereich der originären Wirtschaftsförderung. Dieses werde immer wieder nicht nur von der Politik, sondern auch von Kreisen der Wirtschaft eingefordert. Der hauptsächliche Kopf der Wirtschaftsförderung bei der Stadt Emden müsse immer der Oberbürgermeister sein. Insofern sei es nur folgerichtig, wenn man hier konsequent sage, dass dieses im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben werde.

Herr Renken stellt heraus, es sei einiges missverständlich herübergekommen. Das Hauptthema sei in der Tat die Besetzung des Aufsichtsrates und die Verteilung zwischen Politik und Verwaltung, die in dem Maße in allen sonstigen Aufsichtsgremien nicht vorhanden sei. Warum die Verwaltung hier noch ein Stimmrecht haben sollte, erschließe sich ihm nicht. Der Rat sei in der politischen Verantwortung auch für die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, deren Sinnhaftigkeit und dessen Unverzichtbarkeit von ihm und seiner Fraktion überhaupt nicht in Frage gestellt werde.

Weiter führt Herr Renken aus, dass er keinen Zweifel daran habe, dass in den Aufsichtsräten auch der Oberbürgermeister als Vorsitzender gewählt werde. Dass er dabei sein müsse, sei per Gesetz vorgeschrieben. Er wolle nur darauf hinweisen, dass nicht in sämtlichen Aufsichtsräten der Oberbürgermeister auch den Vorsitz habe. Darauf ziele auch sein Verweis ab, dass man bei den Stadtwerken eine solche Regelung nicht habe. Auch die Stadtwerke und die Wirtschaftsbetriebe seien wichtig. Von daher habe der Aufsichtsrat einstimmig entschieden, den Oberbürgermeister zum Vorsitzenden zu wählen. Das sei eine Kritik an der grundsätzlichen Regelung, sämtliche Aufsichtsratsvorsitze formal schon für den Oberbürgermeister abzusichern, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle durchaus andere Möglichkeiten geben würden.

Frau Winter stellt fest, sie lasse nunmehr über den Beschluss abstimmen. Änderungen können ggf. im Verwaltungsausschuss beschlossen werden.

Beschluss: Die Gesellschaftervertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, der Gründung der Rysumer Nacken Emden/Entwicklungsgesellschaft GmbH (R.N.E.-GmbH) als

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Tochtergesellschaft der Zukunft Emden GmbH mit einem Stammkapitalanteil von 12.250 € zuzustimmen.

Der Rat der Stadt Emden erklärt seine Zustimmung zur Gründung der Rysumer Nacken Emden/Entwicklungsgesellschaft GmbH (R.N.E.-GmbH) als Tochterunternehmen der Stadtentwicklung Emden KAdöR mit einem Stammkapitalanteil von 12.750 €. Der Verwaltungsrat der Stadtentwicklung Emden KAdöR wird gebeten entsprechend zu handeln.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Vorstellung der Untersuchung der Organisationsuntersuchung FD 220 / 221
Vorlage: 16/1021

Herr Mansholt erklärt, der Rat habe vor einigen Jahren beschlossen, dass in jedem Jahr Personalbedarfs- und Organisationsuntersuchungen stattfinden sollten. Entsprechende Mittel seien dafür auch bereitgestellt worden. Aus den bereits durchgeführten Untersuchungen hätte sich auch ein gewisses Verfahren ergeben. Die Durchführung würde in der Regel immer einer Lenkungsgruppe obliegen, die sich aus dem Leiter des Vorstandsbüros, dem Fachdienst Personal, der Organisationsberatung, dem Personalrat und den Leitern der betroffenen Organisationseinheiten zusammensetze. Zudem begleite und steuere die Lenkungsgruppe den Prozess und würde den Gutachter auswählen. Die Ergebnisse würden anschließend dem jeweiligen Fachausschuss vorgestellt. Da die hier angesprochenen Fachdienste Finanzen und Abgaben sowie Stadtkasse zur zentralen Verwaltung gehörten, sei der Finanzausschuss zuständig. Seinerzeit sei in der Lenkungsgruppe entschieden worden, der Beratungsfirma Dr. Knaf und Partner den Auftrag zu übergeben. Herr Dommermuth und Herr Brenner hätten die Untersuchung vor Ort durchgeführt. Herr Dommermuth werde heute dem Ausschuss die wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung vorstellen.

Herr Dommermuth stellt sich kurz vor und stellt dann anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse aus dem Projekt „Personalbemessung der Fachdienste Finanzen und Abgaben sowie Stadtkasse“. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Winter bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Jahnke erklärt, bei dieser Vorstellung sei deutlich geworden, wie sehr die Verwaltung die Prozessabläufe innerhalb der Fachdienste ständig hinterfrage. Dieses passiere nicht nur mit einem externen Gutachten, sondern sei ein ständiger und fortwährender Prozess auch gerade in der internen Verwaltung. Man habe sich auch immer wieder die Schnittstellen angeguckt. Insofern habe Herr Dommermuth einige Denkanstöße gegeben, von denen er heute sagen könne, dass viele dieser Dinge bereits in Arbeit seien. Einiges sei schon umgesetzt. Die tatsächlichen Stelleneinsparungen für den Fachdienst 220 seien im Rahmen der Strukturkommission manifestiert worden. Auch die Einsparung von 1,5 Stellen, die zunächst für 2014 bzw. 2015 angedacht worden sei, sei eigentlich bis Ende des Jahres schon nahezu umgesetzt.

Herr Jahnke weist darauf hin, dass das Thema Kosten- und Leistungsrechnung sicherlich auch noch einmal einer größeren Betrachtung bedürften. Auch müsste über das Thema Controlling innerhalb der Gesamtverwaltung sehr intensiv nachgedacht werden. Seiner Ansicht nach müsste man in einem solchen Prozess tatsächlich ein zentrales Finanzcontrolling implementieren.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Die internen Vorbereitungen dazu würden bereits laufen, sodass auch im nächsten Jahr eine konzeptionelle Vorstellung in der Haushaltsstrukturkommission erfolgen könne.

Bezüglich des Themas Controlling verweist Herr Jahnke auf den Bericht des Landesrechnungshofes, welcher in einem späteren Tagesordnungspunkt noch beraten werde. Der Landesrechnungshof habe hinsichtlich des Managements und der Steuerung der Beteiligung der Stadt Emden das eine oder andere ins Stammbuch geschrieben. Die Kollegen und Kolleginnen seien damit beauftragt worden, konzeptionell Dinge zu entwickeln. So werde es zu einer spannenden Diskussion mit dem Rat zunächst einmal in der Haushaltsstrukturkommission kommen, um auch die Ideen des Rates mit aufzunehmen.

Abschließend stellt Herr Jahnke heraus, das Gutachten würde für ihn auch den Aufschlag geben, zu schauen, ob man eigentlich sinnvoll dezentral organisiert sei. Vielleicht käme man auch wieder zu dem Entschluss, dass eine zentrale Organisation sinnvoller sei. Dieses werde man im Jahr 2014 sicherlich mit entsprechenden Arbeitsgruppen noch einmal untersuchen müssen.

Herr Bolinius teilt mit, er sei bei den Ausführungen des Gutachters doch sehr nachdenklich geworden. Er bittet die Verwaltung, zu jedem kritisch aufgeführten Punkt Stellung zu nehmen, um dann in einem nächsten Finanzausschuss zu sagen, was umgesetzt worden sei und was noch erledigt werden müsse.

Herr Strelow erklärt, nach dieser ausführlichen Vorstellung wolle auch er nicht mehr ins Detail gehen. Herr Jahnke habe bereits seiner Meinung nach mitgeteilt, dass Aufgabenbereiche und Organisationen, Abläufe etc. ständig hinterfragt werden müssten. Ziel müsse es natürlich sein, dass die Organisation diesen Prozess selber organisiere. Es sei angedeutet worden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Prozess vollends eingebunden seien und deren Kompetenz abgerufen werde. Es sei sehr zu begrüßen, dass die Verwaltung schon viele Dinge, die in dem Gutachten aufgezeigt worden seien, bereits umgesetzt habe. Zudem würden sich Aufgabenbereiche ständig ändern. Dieses müsse man auch abbilden.

Herr Strelow stellt heraus, wichtig sei die Botschaft, dass es trotz der gezeigten Personaleinsparungen nicht zu Entlassungen innerhalb der Organisationen käme. Seiner Ansicht nach müsste noch einmal in der Haushaltsstrukturkommission besprochen werden, mit welchen Ansätzen das zentrale Controlling gemacht werden sollte. Auch sollten eigentlich in einem zentralen Standardberichtswesen grundsätzlich der Krankenstand und die Überstunden einfließen. Aus seiner Sicht stelle sich die Frage, was es kosten würde, wenn die Rahmenbedingungen noch mehr stimmen würden, um die Buchungen zeitnah durchführen zu können. Auch wäre es gut, wenn die Verwaltung in einem der nächsten Ausschüsse sagen könnte, was die Sanierung der Datenleitung finanziell bedeute.

Herr Bongartz betont, für das, was es aufgrund dieser Ausführungen zu tun geben würde, habe der Rat sich ein eigenes Gremium geschaffen und zwar die Haushaltsstrukturkommission. Diese beschäftige sich auch mit der Struktur der Organisation der Verwaltung. Er befürworte es, wenn sich die Verwaltung von außen betrachten lasse, da es von innen nie so richtig funktionieren könne. Nur so könne festgestellt werden, was machbar sei und wo etwas besser und günstiger gestaltet werden könne. Seiner Meinung nach sollte die Organisationsuntersuchung auch Gegenstand der Haushaltsstrukturkommission werden. Abschließend bittet Herr Bongartz darum, wenn im Zuge einer solchen Ermittlung festgestellt worden sei, dass die Dienstpostenbewertungen nicht stimmen würden, dann müsste dieses gleich erledigt werden, da der Anspruch darauf bestehe.

Herr Bornemann stellt heraus, es sei selbstverständlich, dass nach einer solchen Untersuchung die Verwaltung in die Umsetzung einsteige. Insofern sei der Antrag nicht erforderlich. Weiter führt er aus, natürlich sei es wichtig, Krankenstände, Überstunden etc. zu betrachten. Er

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

merkt an, die Stadt Emden sei nicht in irgendeiner negativen Weise aus dem Rahmen gefallen, sondern sei durchaus gut aufgestellt. Hinsichtlich der Dienstpostenbeschreibungen erklärt er, diese würden manchmal im Tagesgeschäft etwas verloren gehen, seien aber in der ständigen Überarbeitung auch an dieser Stelle in Umsetzung. Insofern gehe er davon aus, dass immer hinterfragt werden müsse, wie die Strukturen seien. Dieses sei letztendlich ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess.

Herr Jakobs bemerkt bezüglich der Dienstpostenbeschreibungen, dass man einen Prozess durchlaufen habe, indem das NKR eingeführt worden sei. Im Zuge dieser Einführung sei es schwierig gewesen, erst einmal zu definieren, welche Aufgaben eigentlich anfallen würden, wer diese zu erledigen habe und wie sie inhaltlich über das Personal dargestellt würden. Das habe dazu geführt, dass gerade in diesem Punkt keine Dienstpostenbeschreibungen vorgelegen hätten. Zum Zeitpunkt der Organisationsuntersuchung sei dieser Prozess noch nicht abgeschlossen gewesen. Zwischenzeitlich sei man dabei, diesen Prozess aufzunehmen bzw. zu Ende zu führen.

Weiter führt er hinsichtlich der Schmutzwassergebühren aus, über Jahre hinweg habe es im Fachdienst Finanzen und Abgaben immer wieder Bemühungen gegeben, Datenmaterial in einem EDV-Austausch mit den Stadtwerken zu ermöglichen. Aufgrund verschiedenster Dinge, wie z. B. auch Datenschutzgründe, sei dieses nicht möglich gewesen. Zum 01.01.2014 würden die Stadtwerke jedoch ihre Software umstellen. Dieser Umstand würde es der Stadt Emden ermöglichen, nunmehr einen Datenaustausch so vorzunehmen, dass man davon im Bereich Schmutzwasser profitieren könnte.

Bezüglich des Eckwerteverfahrens und der Budgetbuchaufstellung bemerkt Herr Jakobs, natürlich könnten auch weitere Einsparpotentiale vorgenommen werden. Er habe in der Haushaltsstrukturkommission darauf hingewiesen, dass der Fachdienst 1,5 AK zur Verfügung stellen würde. Man dürfe aber nicht vergessen, dass der Jahresabschluss eher fertig gestellt werden sollte. Auch habe man außerhalb des Bemessungszeitraumes in 2013 ein Eckwerteverfahren gehabt, wie es bislang noch nicht durchgeführt worden sei.

Herr Bolinius bittet um eine Ausarbeitung, was erledigt und was noch nicht erledigt sei.

Herr Bornemann sagt eine Vorstellung in der Haushaltsstrukturkommission zu.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Prüfmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die Prüfung des Beteiligungsmanagement der Stadt Emden
Vorlage: 16/1072

Herr Bolinius weist darauf hin, dass Sitzungen nicht über zwei Stunden dauern dürften. Hieran sollte man sich auch heute halten.

Herr Renken entgegnet, er würde dann beantragen, dass diese Sitzung nur unterbrochen und zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werde. Somit würde eine erneute Einladung entfallen. Er macht darauf aufmerksam, dass seine beiden Anträge bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation hätten behandelt werden müssen und schon einmal verschoben worden seien. Daher sei er mit der Beendigung dieser Sitzung, nachdem vorher unendliche Debatten geführt worden seien, nicht einverstanden.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Herr Mecklenburg schlägt vor, nicht über dieses Thema nun zu diskutieren, sondern die Tagesordnungspunkte weiter zu behandeln. Zudem würde es einen Beschluss, dass Sitzungen nicht länger als zwei Stunden dauern dürften, nicht geben.

Herr Mansholt erklärt, die Vorlage habe die Verwaltung in den Finanzausschuss hineingegeben, weil die Thematik zur inhaltlichen Aufgabenstellung des Ausschusses gehöre. Unabhängig davon seien Prüfberichte auch dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit regt er an, die Diskussion in Rechnungsprüfungsausschuss zu führen.

Herr Bolinius begrüßt diesen Vorschlag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Standardberichtswesen zum 30.09.2013
Vorlage: 16/1044

Herr Jakobs erläutert den Inhalt der Mitteilungsvorlage.

Herr Renken fragt bezüglich des Bildungs- und Teilhabepaketes an, aus welchem Haushaltsjahr sich die gebildete Rückstellung beziehen würde und bittet um Erläuterung.

Herr Jakobs erklärt, der Fachbereich Gesundheit und Soziales sei ursprünglich davon ausgegangen, dass noch ein Erstattungsbetrag an das Land zurückzuzahlen sei, weil nicht alle Mittel ausgegeben worden seien. Dafür sei eine Rückstellung gebildet worden. Da dieser Umstand nicht eingetreten sei, habe man die Rückstellung auflösen können.

Herr Jahnke ergänzt, es würde jedoch bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Auskunft vorliegen, sodass noch eine Rückstellung gebildet werden müsse. Wenn bis zum Jahresende nicht klar sei, müsse man wieder in diese Rückstellung einsteigen, bis eine definitive Entscheidung auf dem Tisch liegen würde.

Herr Strelow stellt heraus, vom Grundsatz könne man erst einmal sagen, dass das Standardberichtswesen eine vernünftige und transparente Sache sei, die die gesamten Zahlen bündeln würde. Man könne somit frühzeitig Abweichungen erkennen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 13 2. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 11.06.2009
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2013,
- Spielsucht in Emden vorbeugen und eindämmen, Spielgerätesteuer erhöhen
Vorlage: 16/1059

Herr Renken erklärt, Ausgangspunkt der Überlegungen seiner Fraktion sei, dass es in Emden eine unverhältnismäßig hohe Anzahl an Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten geben würde. Daher würde er hier insgesamt einen Handlungsbedarf sehen, um dieser in letzter Zeit verstärkten Entwicklung entgegenzuwirken. Dieses würde nicht nur die Erhöhung der Steuer, sondern auch die ordnungsrechtlichen Aspekte sowie den Aspekt der Selbstverpflichtung betreffen. Es gehe nicht darum, höhere Einnahmen zur Haushaltssicherung zu generieren, sondern um

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

den Anreiz, weiter expansiv hier in Emden tätig zu sein. Ihm sei bekannt, dass das Thema Spielsucht eine zunehmende gesellschaftliche Relevanz habe. Vor einer Woche habe es in Hannover einen großen Kongress vom Fachverband Glücksspielsucht gegeben, in dem die gesellschaftlichen Aspekte auch thematisiert worden seien. Die für Ostfriesland genannten Zahlen seien erschreckend. Ca. 30.000 Menschen in Niedersachsen seien spielsüchtig oder abhängig. Wenn man dieses auf Emden hochrechne, dann kämen in Emden fast 200 Menschen in Betracht. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass durch die Anhebung des Steuersatzes von 15 auf 20 % dem entgegengesteuert werden könne. Aus der Vorlage der Verwaltung seien keinen negativen Aussagen ersichtlich. Der positive Nebeneffekt sei, dass bei Fortsetzung der Entwicklung bis zu 360.000 € Mehreinnahmen für die Stadt Emden herauskämen, die im sozialen und kulturellen Bereich für zusätzliche Projekte und auch zur Bekämpfung der Spielsucht eingesetzt werden könnten. Er führt weiter aus, hier gehe es nicht um Konsolidierung, sondern um Steuerung mit dem Ziel, im Ergebnis in den nächsten Jahren vielleicht auch sogar weniger Einnahmen zu erzielen. Es würde auch darum gehen, dass die Anzahl der Geräte gleich bleibe oder sogar gesenkt werden könne. Das sei der Anlass seines Antrages gewesen.

Herr Rosenboom stellt heraus, Herr Renken habe sich nicht richtig mit dem Thema Spielotheken auseinandergesetzt, denn aufgrund des neuen Glücksspielstaatsvertrages seien gestellte Anträge überhaupt nicht mehr genehmigungsfähig.

Bezüglich der Steuersätze führt er aus, ihm würden Steuersätze der kreisfreien Städte Braunschweig mit 12 %, Delmenhorst mit 9 %, Emden mit 15 %, Hannover mit 12 %, Oldenburg mit 15 %, Osnabrück mit 13 % sowie Salzgitter, Wilhelmshaven und Wolfsburg mit 12 % vorliegen. Keine der 205 Kommunen in Niedersachsen über 10.000 Einwohner habe mehr als 15 %.

Weiter führt Herr Rosenboom aus, in den letzten Jahren seien 212 Geldspielgeräte abgebaut worden, während 144 neu hinzugekommen seien. Somit würde es über 70 Geräte weniger geben. Er habe aufgelistet, wie sich der neue Glücksspielstaatsvertrag auf Emden auswirke. Zurzeit würde es 280 Geldspielgeräte in Spielotheken und 43 in Gaststätten geben. Damit habe man eine Steuereinnahme von ca. 1,1 Mio. €. Wenn der neue Glücksspielstaatsvertrag zum 01.07.2017 zum Tragen komme, dann bleiben der Stadt Emden nur noch 567.000 €, weil drei Spielotheken komplett schließen müssten. Zudem würden auch noch die drei Spielotheken wegfallen, die zurzeit über Mehrfachkonzessionen verfügten und dann nur noch eine Konzession betreiben dürften. Nach seiner Berechnung würden dann am Ende wahrscheinlich nur 404.000 € an Vergnügungssteuer verbleiben, sodass eine Lücke von 700.000 € ab 2017 entstehen werde.

Herr Rosenboom geht dann auf die moralischen Aspekte von Herrn Renken ein. Er könne die Argumente alle akzeptieren. Er weist darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen die Grünen gemeinsam mit der SPD beschlossen hätten, eine große Spielbank in Köln zu genehmigen. Seiner Ansicht nach sei dieses eine Doppelmoral.

Herr Strelow hält das Thema für eine äußerst komplexe Sache, zumal die SPD-Fraktion von dem Glücksspielstaatsvertrag erstmals höre. Die von Herrn Rosenboom zur Verfügung gestellten umfangreichen Erhebungen möchte die SPD-Fraktion in Ruhe durcharbeiten. Er schlägt vor, dass sich damit die nächste Haushaltsstrukturkommission befasse oder aber die Verwaltung eine Prüfung vornehme, welche Rahmenbedingungen jetzt tatsächlich gültig seien. Herr Strelow beantragt, diesen Tagesordnungspunkt zunächst in die Fraktionen zwecks Beratung zu verweisen. Seiner Ansicht nach dürfe eine mögliche Änderung nicht dazu führen, dass z. B. wie anderen Städten illegale Glücksspielstätten entstehen würden, die nicht mehr vom Gesetzgeber kontrolliert würden. Daher müsse mit Sorgfalt und Bedacht an dieses Thema herangegangen werden.

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

Herr Renken ist der Ansicht, für ihn sei das kein Thema der Haushaltsstrukturkommission, sondern mehr oder weniger ein Randthema. Er weist darauf hin, dass der Glückspielstaatsvertrag überhaupt nichts mit der Kompetenz der Kommunen zu tun habe, den Steuersatz anzuheben oder zu senken. Er habe damit zu tun, dass die Branche befürchte, dass sie in den Städten massiv zurückbauen müsse. Deswegen würde auch versucht, im städtischen Bereich für neue Regelungen zu sorgen, die nicht so scharf seien. Ausgangspunkt sei gewesen, dass die schwarz-gelbe Regierung einen Glückspielstaatsvertrag eingeleitet habe mit dem Ziel, der Ausdehnungswelle von Glückspielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten eine Bremse vorzusetzen.

Weiter führt Herr Renken aus, im Jahre 2010 seien nach Angabe der Verwaltung der Stadt Emden 272 Geräte mit einer Steuereinnahme von 770.000 € aufgestellt gewesen. Im Jahre 2011 seien es 313 Geräte und im Jahre 2012 323 Geräte gewesen. Somit habe es einen enormen Zuwachs gegeben. Seiner Meinung nach würde der Glückspielstaatsvertrag an dieser Stelle überhaupt keine Rolle spielen. Nur durch veränderte materielle Anreize für die Betreiber könne diese Art von Glückspiel zurückgedrängt werden. Es müssten u. a. die Konzepte der Stadtplanung besprochen werden. Zudem müsste überlegt werden, inwieweit Präventionsprojekte auch bei der Spielsucht bei Jugendlichen einbezogen werden könnten. Seiner Ansicht nach gehe es nicht darum, den Menschen das Spielen zu verderben, sondern darum, zu verhindern, dass solche Dinge zu krankhaften Veränderungen führen würden. Die Kommune hätte eine Pflicht, nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen, wenn die Entwicklung in die falsche Richtung gehe. Seiner Fraktion würde sehr viel daran liegen, in Emden auf den verschiedenen Ebenen einzuwirken und das Ganze in einen sozialverträglichen Rahmen hineinzusteuern.

Herr Rosenboom erklärt, seine Fraktion könne sich dem Antrag der SPD-Fraktion auf Verweisung in die Fraktionen anschließen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 14 Fairtrade;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.01.2013
Vorlage: 16/1038

Herr Renken erinnert daran, dass sich drei von vier Fraktionen in der Sitzung Ende Februar 2013 einig gewesen seien und der Verwaltung den Auftrag erteilt hätten, sich noch einmal um das Thema zu kümmern und die Rahmenbedingungen zu untersuchen. Dieses würde nunmehr vorliegen.

Herr Renken stellt fest, die einzusetzenden Mittel seien relativ gering. Auf der anderen Seite könne dadurch ein Imagegewinn für die Stadt Emden erzielt werden. Wenn der Rat in der kommende Woche den Beschluss so fassen werde, müsse eine lokale Steuerungsgruppe gebildet werden, an denen auch Mitglieder aus den Fraktionen beteiligt sein sollten. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Weltladens habe er erfahren, dass die Verwaltung bereits sehr aktiv gewesen sei. Dieses bestärke ihn in der Aussage, dass es ein richtiger Antrag sei und man sich der Verbreitung des Nachhaltigkeitsgedankens anschließen sollte. Fairtrade sei sozusagen auch eine Garantie dafür, dass die Menschen, die in der dritten Welt leben und arbeiten müssten, in die Lage versetzt würden, nicht nur ihre Familien zu ernähren, sondern, dass sie ein Gesundheits- und Bildungssystem aufbauen könnten.

Herr Strelow stellt heraus, grundsätzlich könne niemand gegen den fairen Handel und gegen vernünftige Bedingungen sein. Seitens der SPD-Fraktion wolle er aber auf die enorme Arbeitsbelastung hinweisen, die für die Verwaltung und den Rat daraus resultiere, da eine lokale Steuerungsgruppe eingesetzt werden müsse. Die SPD-Fraktion halte grundsätzlich wenig davon, wenn ein intensiver Zwang ausgeübt werde. Weiter stelle sich die Frage hinsichtlich des lokalen Tee-

Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013

anbieters. Auch diese Verantwortung dürfe man nicht vergessen. Grundsätzlich sei die SPD-Fraktion dafür. Doch sollte zunächst geklärt werden, welcher Arbeitsaufwand dahinter stecke. Erst danach könne man beurteilen, ob man ihn leisten könne.

Herr Rosenboom erklärt, die CDU-Fraktion werde dieser Vorlage nicht zustimmen, da sie dieses Thema für nicht ausgegoren halte.

Beschluss: Die Stadt Emden beteiligt sich an der europaweiten Kampagne „Fairtrade-Towns“; sie erfüllt die Voraussetzungen zur Teilnahme und bewirbt sich um den Titel „Fair-Trade-Stadt“.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 16 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.